

DSLVL ZUM NPM-ZWISCHENBERICHT ,KLIMASCHUTZ IM VERKEHR‘

01.04.2019

NACHHALTIGE CO₂-SENKUNG IM VERKEHRSSEKTOR IST EINE GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE



Der DSLV Bundesverband Spedition und Logistik zeigt sich zufrieden mit den Inhalten des Arbeitsgruppen-Zwischenberichts ‚Klimaschutz im Verkehr‘ der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM). Die Wege zur Erreichung der politischen Klimaziele im Verkehr werden hier - gemessen an vielen interessengelenkten Studien zuvor - vergleichsweise objektiv dargestellt. Chancen, Herausforderungen, Risiken und Kosten werden zutreffend analysiert.

Wichtig ist die zentrale Botschaft des Berichtes: Die technischen und prozessualen Anstrengungen des Mobilitätssektors für nachhaltige Emissionssenkungen werden vor allem angesichts des steigenden gesellschaftlichen Mobilitätsdrucks und Güterbedarfs gewaltig sein und sie gelingen nur gemeinsam und in Verbindung mit anderen Sektoren, insbesondere mit dem Energiesektor. Gleichzeitig wird die Trendumkehr sehr teuer werden. „Die Verkehrswende wird nicht alleine eine Aufgabe von einzelnen Akteuren, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung sein“, bilanziert DSLV-Präsident Axel Plaß den Zwischenbericht.

Aus Sicht der Logistik sind die dargestellten Handlungsfelder grundsätzlich zielführend. Hierzu zählen Antriebswechsel und Effizienzsteigerungen bei Pkw und Lkw, regenerative Kraftstoffe, Stärkung der Systeme Schiene und Binnenschifffahrt und Impulse für die Digitalisierung.

Platz: „Der Bericht ist zutreffend, wenn er feststellt, dass Planungssicherheit am Standort Deutschland entscheidend ist, damit unverzüglich in Technologien, Produktionskapazitäten und Infrastrukturen investiert wird. Denn neben der Erreichung der Klimaziele ist es auch aus Sicht der Logistikbranche wichtig, dass hiesige Unternehmen ihre Technologie- und Marktführerschaft behalten. Für die Logistikunternehmen selbst wird es entscheidend sein, ob es ihnen gelingt, ihre technischen Investitionszyklen rechtzeitig mit möglichen fiskalischen ‚Bonus-Malus‘-Systemen zu synchronisieren.“

Denn dass die Umsetzung der genannten Handlungsfelder offensichtlich nicht ausreicht, um das politisch vorgegebene Minderungsziel für den Verkehrssektor von bis zu 42 Prozent bis 2030 (bezogen auf 1990) zu erreichen, verdeutlicht der Ag-Bericht ebenfalls und beziffert die Lücke auf 16 bis 26 Millionen Tonnen CO₂. Staatliche Eingriffe wie zusätzliche Steuern und Abgaben sowie Quoten für emissionsfreie Fahrzeuge oder für regenerative Kraftstoffe sind aber grundsätzlich nicht erste Wahl der Wirtschaft.

Aus Sicht des DSLV ist es deshalb richtig, der Bundesregierung zunächst einen Prüfauftrag für die Ausgestaltung und die Konsequenzen einer CO₂-Bepreisung des Verkehrssektors zu erteilen, mit dem nicht nur die ökologische Lenkungswirkung und ökonomische Konsequenzen, sondern auch soziale Folgen betrachtet werden müssen.

Platz: „Ob auf Wirtschaft und Verbraucher - wie von zahlreichen politisch Verantwortlichen zugesagt - tatsächlich ‚faire Kosten‘ zukommen, wird sich zeigen.“

Quelle: PM DSLV 01.04.2019